

Grünliberale Partei Stadt Zürich

Parolenspiegel 05.06.2016

Thema	Parolen für die Abstimmungsvorlagen vom 05. Juni 2016
Für Rückfragen	Maleica Landolt, Kopräsidentin glp Stadt Zürich: +41 79 317 33 71 Beni Schwarzenbach, Kopräsident glp Stadt Zürich: +41 76 497 46 97
Absender	Grünliberale Partei Stadt Zürich <a href="mailto:zurich@grunliberale.ch">zurich@grunliberale.ch</a> Website: <a href="http://www.zurich.grunliberale.ch">www.zurich.grunliberale.ch</a>



#### Nationale Abstimmungsvorlagen:

- **NEIN** zur Volksinitiative «Für eine faire Verkehrsfinanzierung» (Milchkuh-Initiative)
- **NEIN** zur Volksinitiative «Pro Service public»
- **NEIN** zur Volksinitiative «Für ein bedingungsloses Grundeinkommen»
- **JA** zum Asylgesetz
- **JA** zur Änderung vom 12. Dezember 2014 des Bundesgesetzes über die medizinisch unterstützte Fortpflanzung (Fortpflanzungsmedizinengesetz)
- *Begründung: siehe Anhang*



#### Kantonale Abstimmungsvorlagen:

- **Ja** zur Wählbarkeit von Bezirksrichterinnen und Bezirksrichtern  
*Begründung: siehe Anhang*



#### Stadtzürcher Abstimmungsvorlagen:

- **JA** zur Instandsetzung und Umbau von Kongresshaus und Tonhalle (165 Millionen)
- **JA** zur Errichtung einer öffentlich-rechtlichen Kongresshaus-Stiftung
- **JA** zum Ausstieg der Stadt Zürich aus der Kernenergie, Änderung der Gemeindeordnung
- **JA** zum Gemeindebeschluss «Rationelle Verwendung von Elektrizität» vom 5. März 1989, Teilaufhebung
- **JA** zur Verordnung über gemeinwirtschaftliche Leistungen des Elektrizitätswerks der Stadt Zürich, im Rahmen der 2000-Watt-Ziele, Neuerlass
- **JA** zum Pflegezentrum Bombach in Zürich-Höngg (Objektkredit von 23,575 Mio.)
- *Begründung: siehe Anhang*

Mit herzlichen Grüssen

Der Vorstand der Grünliberalen Partei der Stadt Zürich

## Grünliberale Partei Stadt Zürich

### **JA zur Instandsetzung und Umbau von Kongresshaus und Tonhalle (165 Millionen) JA zur Errichtung einer öffentlich-rechtlichen Kongresshaus-Stiftung, Änderung der Gemeindeordnung**

Die Stadtzürcher Grünliberalen sagen klar Ja zu den zwei Vorlagen betreffend das Kongresshaus. Die glp unterstützt sowohl die Errichtung einer öffentlich-rechtlichen Stiftung als auch die dazu notwendige Entschuldung sowie die Instandsetzung und den Umbau der Gebäudekombination Kongresshaus- und Tonhalle. Diese Entscheidung basiert auf einer pragmatischen und finanzpolitisch tragbaren Kongresshausstrategie der Grünliberalen.

### **JA zum Ausstieg der Stadt Zürich aus der Kernenergie, Änderung der Gemeindeordnung JA zum Gemeindebeschluss «Rationelle Verwendung von Elektrizität» vom 5. März 1989, Teilaufhebung JA zur Verordnung über gemeinwirtschaftliche Leistungen des ewz im Rahmen der 2000-Watt-Ziele**

In der Energiepolitik unternimmt die Stadt Zürich richtige und wichtige Schritte. Bereits 2008 hatte das Stimmvolk den Atomausstieg in der Gemeindeordnung verankert - allerdings ohne ein konkretes Ausstiegsdatum zu nennen. Da die Abschaltung von Atomkraftwerken, an denen die Stadt Zürich beteiligt ist, vom ewz trotz entsprechender Strategievorgaben nicht aktiv angegangen wird, kann die Stimmbewohnerin am 5. Juni dem Stadtrat ein klares Enddatum für den städtischen Atomausstieg geben: 2034. Die Grünliberalen kämpfen seit ihrem Bestehen für den Ausstieg aus dieser viel zu teuren und mit unkontrollierbaren Risiken verbundenen Energieform und empfehlen daher ein klares JA.

Ebenso begrüßen die Grünliberalen die Fortsetzung des erfolgreichen Energieeffizienz-Bonus. Mit diesem Instrument werden Investitionen in langfristige Effizienzmassnahmen (z.B. Fenstersanierungen) gefördert. Die grösste Änderung stellt die Umstellung von einem Prozent-Rabatt in einen fixen Rappen-Rabatt dar.

Ausserdem ist das ewz seit dem Stromsparbeschluss durch das Zürcher Stimmvolk (1989) führend in der Entwicklung und Umsetzung von Förderprogrammen für eine effiziente Energienutzung und für erneuerbare Energien. So konnten Instrumente wie Effizienzbonus, Wärmepumpen-Förderungen, Rückvergütungen für Solarstrom und Mieter-Aktionen etabliert werden. Da der heutige Fonds aus rechtlichen Gründen aufgehoben werden muss, braucht es eine neue Verordnung auf städtischer Ebene, mit der die gleichen Ziele verfolgt werden. Die Grünliberalen sagen dazu klar Ja.

### **JA zum Pflegezentrum Bombach in Zürich-Höngg (Objektkredit von 23,575 Mio.)**

Die glp der Stadt Zürich sagt klar Ja unterstützt zum Neubau auf dem Areal des 1964 erstellten Pflegezentrums. Das Vorhaben wird auf die besonderen Bedürfnisse von an Demenz erkrankten Menschen ausgerichtet. Damit können drei Pflegewohngruppen mit insgesamt 46 Plätzen untergebracht werden. Das neue Haus B in Minergie-Eco-Standard soll den heutigen Annexbau ersetzen, der ursprünglich als Personalhaus errichtet wurde und später auch zur Betreuung einer Pflegewohngruppe diente. Die Vorlage ist aus Sicht der glp unbestritten.

## Grünliberale Partei Kanton Zürich

### **JA zur Wählbarkeit von Bezirksrichterinnen und Bezirksrichtern**

Die Grünliberalen unterstützen die Änderung des Gesetzes über die Gerichts- und Behördenorganisation im Zivil- und Strafprozess. Das Laienrichtertum ist nicht mehr zeitgemäss.

Die ausgebildeten Richterinnen und Richter verfügen über das notwendige Fachwissen – und sind genau gleich Menschen wie die Laien. Die Komplexität der Arbeit an den Gerichten nimmt immer mehr zu, daher ist es umso wichtiger, dass die Richterinnen und Richter über ein fundiertes juristisches Fachwissen verfügen. Es darf nicht sein, dass Verfahrensfehler von Laienrichterinnen und Laienrichtern zu mehr Arbeit und höherem finanziellen Aufwand an den Gerichten führen.

**NEIN zur Milchkuh-Initiative**

Die Grünliberalen lehnen die Volksinitiative «Für eine faire Verkehrsfinanzierung» dezidiert ab. Eine vollständige Zweckbindung widerspricht den heutigen Grundsätzen des schweizerischen Finanzsystems.

**NEIN zur Volksinitiative «Pro Service Public»**

Die Grünliberalen lehnen die Volksinitiative «Pro Service Public» klar ab, da diese den Handlungsspielraum von bundesnahen Betrieben massiv einschränken würde und somit negative Auswirkungen auf den Wettbewerb hätte.

**NEIN zur Volksinitiative «Für ein bedingungsloses Grundeinkommen»**

Die glp lehnt ein bedingungsloses Grundeinkommen ab. Das wäre nichts anderes als ein Recht, auf Kosten anderer zu leben. Das widerspricht den liberalen Grundsätzen der glp.

**JA zur Änderung des Asylgesetzes**

Die glp begrüsst die Asylgesetz-Revision, welche zu gezielten Verbesserungen in unserem Asylsystem führt. Die Verfahren werden beschleunigt und die Asylsuchenden haben schneller Klarheit über ihren Entscheid.

**JA zum Fortpflanzungsmedizinengesetz**

Die Grünliberalen begrüssen die Änderung des Bundesgesetzes über die medizinisch unterstützte Fortpflanzung und somit die Aufhebung des Verbots der Präimplantationsdiagnostik. Der Entscheid, welche medizinischen Möglichkeiten genutzt werden, soll bei den Eltern und nicht beim Staat liegen.